

Hermann Kesten-Preis vom deutschen PEN-Zentrum, 12.11.2009 in Darmstadt

Dankesrede von Baltasar Garzón

- es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident des Deutschen PEN-Zentrums,
werte Vertreter von Behörden und Institutionen,
meine Damen und Herren,

Ich muss Ihnen für diese Ehrung danken, nicht nur mit protokollarischer Geste, sondern von ganzem Herzen.

Der Hermann Kesten-Preis 2009, den Sie mir heute ohne mein Verdienst zusprechen, erfüllt mich mit Bescheidenheit und verpflichtet mich, ihn in Würde zu tragen, um den großen Mann und Schriftsteller zu ehren, nach dem er benannt ist. Seine Lehren von Toleranz und Freiheit müssen von den jungen Generationen, denen es oft und immer häufiger an ethischen Richtwerten fehlt, gelernt und verbreitet werden.

Ich bin Richter und darum sollte nicht die Arbeit ausgezeichnet werden, die zu tun meine Pflicht ist. Das Verdienst eines Richters ist etwas Elementares, das er Tag für Tag realisieren und beweisen muss durch die schwierige und edle Aufgabe, Recht zu sprechen.

Aufrichtigen Dank, weil diese Auszeichnung mich spüren lässt, dass es durchaus nicht überholt ist, nach den Normen des Gesetzes und der Ethik zu arbeiten, und dass die Einhaltung und Verteidigung der Legalität die demokratische Garantie ist, welche die Bürger zum Schutz ihrer Rechte besitzen.

Einen solchen Preis nimmt man notwendigerweise im Namen all derer entgegen, die in allen Teilen der Welt namenlos und regelmäßig ihrer richterlichen Tätigkeit nachgehen, und das oftmals, ohne über die Mittel und Mindestvoraussetzungen für die Wirksamkeit ihrer Arbeit zu verfügen.

Wir alle hier haben eine universalistische Sicht der modernen Gesellschaft und sind überzeugt, dass der eigentliche kulturelle Antrieb, welcher der Globalisierung der Welt einen Sinn gibt, die Toleranz und unser gemeinsames Vaterland die Verteidigung der Menschenrechte ist, verstanden als eine Pflicht für Männer, Frauen und Regierungen und als das einzige Verfahren, um die Welt zu regenerieren, wie Charles Kingsley (Letter and Memories) sagte. Doch dürfen wir nicht vergessen, dass

in vielen Teilen der Welt keine ökonomische Entwicklung stattgefunden hat und dies für die Menschen wie ein Gefängnis ist. Es fesselt sie an ein hoffnungs- und rechtloses Dasein. Dabei liegt zugleich ihre einzige Hoffnung auf Veränderung bei der Justiz.

Darum muss die Justiz eine aktive Rolle bei der Gewinnung von Menschenwürde spielen, indem sie, wie Karl Popper sagte, das Wahre vom Falschen scheidet und sich bewusst ist, dass die Verteidigung der Menschenrechte zu allen Zeiten nicht nur bedeutet, das Recht auf Leben, auf körperliche und psychische Unversehrtheit und auf Freiheit zu vertreten, sondern auch, all das zu erlangen, dessen der Mensch bedarf, um zu leben, gesund zu sein, angemessene Bildung und eine lebenswürdigen Behausung zu erhalten.

Aber noch leben wir in Zeiten von Schande, Schrecken, Korruption, Krieg, Vergessen und Fremdenfeindlichkeit, von Knebelung und Verlogenheit in der ökonomischen, politischen und sozialen Sphäre. Wenn man einen sektiererischen und auf Ausschließung gerichteten Diskurs entfesselt, um das Bewusstsein von Menschen in Ketten zu legen, ein Stück Erde zur heiligen zu erklären, das ausschließliche Heil für sich zu beanspruchen, sich selbst als von überlegener Wesensart und als legitimen Erben von fremdem Erbe zu betrachten oder menschliches Unterfangen ins Messianische zu erheben, so bedeutet dies, manche Quellen von Gewalt stärker strömen zu lassen (Rabbiner Marc Raphael Guedj). So werden Völker gequält, statt Lösungen zu finden, die in einer Gesellschaft durch die Hand wahrhafter Demokratie zustande kommt. Wahrhafte Demokratie besitzt durch Rechte und Pflichten im rechten Gleichgewicht mit den für die Gesamtheit notwendigen Erfordernissen einen festen Zusammenhalt. Das bedeutet auch, das Prinzip der nicht zu gewährenden Straffreiheit und der Gleichheit vor dem Gesetz fest zu verankern.

Ein Gesetz für alle, ohne dass irgendwer über ihm steht, wie Meister Victor Hugo forderte. Ein demokratisches und gerechtes Gesetz, das die Machtausübung kontrolliert und ihr Grenzen setzt.

Es ist an der Zeit das Argument der Stärke zu ersetzen durch die Stärke des Vernunftarguments, damit das Recht konkrete Gestalt gewinnt und seine ganze Wirkung entfaltet, um eine auf größerer Gleichheit beruhende, gerechtere Gesellschaft zu begründen. „Der Drang zu immer größerer Gleichheit unter den Menschen ist unwiderstehlich“, wie bereits Alexis de Tocqueville im 19. Jahrhundert bemerkte. Das Überwinden von Unterscheidungen, aufgrund derer die Menschen aufgeteilt wurden in höhere und niedere, Herrscher und Beherrschte, Reiche und Arme, Herren und Sklaven, stellt deshalb, mit den Worten Norberto Bobbios gesagt, eine nicht zwangsläufige, doch zumindest mögliche Etappe im Prozess der Unzivilisiertheit dar. Ergebnis muss die klare und entschlossene Auseinandersetzung

mit den drei Hauptquellen von Ungleichheit sein: Ungleichheit aufgrund von Klasse, Rasse und Geschlecht.

Darum sollte der große Kampf, das demokratische Engagement, mit Hilfe der Justiz als Basis menschlicher Sicherheit erzielt werden, und dies erscheint als eine der großen Herausforderungen für die moderne Gesellschaft.

Die Glaubwürdigkeit eines Systems wurzelt in der Existenz und Realität von Kontrollen, denen die Macht unterliegt. Wer die größte Macht besitzt, muss am strengsten kontrolliert werden. Denn bei der Machtausübung oder bei gesetzgeberischen Handlungen müssen unrechtmäßige Machtinhaber sich bewusst sein, dass sie deren bloße Nutznießer sind, während das Volk, in dessen Dienst sie stehen, der eigentliche Inhaber ist, vor dem sie sich zu verantworten haben.

Die gegenwärtige Gesellschaft braucht Führer, die geprägt sind von Ethik und Verantwortungsbewusstsein. In den zu erwartenden schwierigen Zeiten für die Welt ist es für das zu ihrem Schutz erforderliche Gleichgewicht notwendig, dass die Prinzipien der Demokratie im Einklang stehen mit den Prinzipien der Gerechtigkeit und dass beide die Grundlage für die menschliche Sicherheit bilden. Eine demokratische Sicherheit, gestützt auf Werte, die zu ihrer Verteidigung dienen gegen autoritäre Angriffe, ob von innen oder außen; und Rechtssicherheit, gewährleistet durch das korrekte Funktionieren der Verfassungsorgane.

Allmählich gelangen wir von einer Empfindlichkeit an der Haut zu einer tiefer liegenden Sensibilität, gemäß den schweren Zeiten, die wir durchleben. Jetzt beginnt das sich empörende, demokratische Engagement Gestalt zu bekommen, welches das lädierte Bauwerk der Völkergemeinschaft rekonstruieren wird. Es muss basieren auf Solidarität und Vertrauen zwischen den Staaten, auf Toleranz als integrierendem Element des friedlichen Zusammenlebens, auf humanitärer und solidarischer Kooperation, und auf der Justiz als Grundprinzip, um zu verhindern, dass Zonen von Straffreiheit existieren. Dem müssen sich nicht nur die nationalen Systeme widmen, sondern auch Organe wie der Internationale Strafgerichtshof, der als die erste große Friedensinitiative der jüngsten Zeit zu sehen ist, der über die Grenzen eines bloßen Tribunals hinauswächst und zum Leuchtturm wird, der Verstand und Empfinden der Völkergemeinschaft erhellen soll. Dies zusammen mit einer erneuerten, dynamischen UNO, welche die gegenwärtigen schlimmen Brüche zwischen ihren Mitgliedsländern überwinden und sich aus der Verknöcherung lösen möge, die sie zu einem essentiell bürokratischen und weitgehend ineffizienten Organismus gemacht hat. Sie sollte endlich die Bürger der Welt zusammenschließen, statt sie zu trennen, und so das Gleichgewicht der Welt wiederherstellen mit Hilfe flinker Mechanismen des Eingreifens und der Präsenz, durch die das in vielen Teilen der Welt – im Angesicht der Passivität sämtlicher Regierungen – erlebte Schauspiel von Gewalt und Unverständnis vermieden werden kann.

Der Anstrengung, die Menschenrechte zu verteidigen, müssen wir uns alle unterziehen und den uns zukommenden Anteil leisten, ohne Furcht und mit energischer Entschlossenheit, denn keine Gesellschaft wird daran zerbrechen, dass in ihr Recht und Gerechtigkeit gelten. Wie schon Cicero vor Tausenden von Jahren sagte: „Lasst uns Sklaven des Gesetzes sein, denn es wird uns frei machen.“ Und dies bedeutet, nach den Worten Montesquieus, dass eine Ungerechtigkeit gegenüber einem einzigen eine Bedrohung aller darstellt, oder, wie Willy Brandt es ausdrückte: „Die erste Ungerechtigkeit zuzulassen bedeutet, allen folgenden die Tür zu öffnen.“ Warum also lassen wir so viele zu? Warum ergeben wir uns der Trägheit, die uns die Bürokraten oder die Lenker der unsichtbaren Hände, welche die Welt bewegen, aufzwingen?

Eine Gesellschaft, die auf Gerechtigkeit, dem Erfordernis von Verantwortung und auf Ausmerzungen von Straffreiheit gründet, ist also eine freiere, demokratischere, egalitärere und daher in ihren Werten und Bestrebungen gefestigtere Gesellschaft. Sie wird ihre Mitglieder angemessener beschützen, ohne dass deswegen die Errungenschaften dahinschwinden müssen, welche die grundlegende Schutzwehr unserer Völker bilden und kraft derer wir täglich durch Dialog, Respekt, politische und kulturelle Annäherung an dem gemeinsamen Gebäude bauen wollen, durch das wir, bei allen unseren Meinungsverschiedenheiten, zu einer hoffnungsvollen Zukunft gelangen können.

Bei der Entwicklung dieser neuen Gesellschaft, in der globale Konflikte, besonders Angriffe auf die Rechte der Völkergemeinschaft oder auf vergessene Volksgruppen eine Realität sind, angesichts derer niemand seiner Verantwortung ausweichen kann, müssen die Richter eine Hauptrolle übernehmen.

Wir müssen zur Herausbildung eines wahrhaft umfassenden Rechtsraums in Europa kommen, in dem wir, ausgehend von den nationalen und regionalen Justizinstitutionen vor Ort, mittels Kooperation und koordinierter Arbeit ein Netzwerk gerichtlichen Handelns aufbauen, das Bürgern und Institutionen größere Rechtssicherheit gibt, der Willkür und dem Fehlen von Gerichtsbarkeit den Weg versperrt, und sodann dieses Modell auf die ganze Welt ausdehnen.

Gerechtigkeit ist nicht nur ein Wert und ein Prinzip, die Justiz ist auch ein öffentlicher Dienst, und die Richter sind Diener der Öffentlichkeit. Darum ist ihr verantwortungsvoller Einsatz für die Gesellschaft unbestreitbar und unerlässlich. Jedoch muss der Richter auch mit den erforderlichen Werkzeugen ausgestattet sein, um ihn wirkungsvoll auszuüben. Über die bloßen, kalten Statistiken hinaus muss er über Seele, Empfindungen, Hingabe und Berufung zur Verteidigung der Opfer verfügen, so dass diese von Furcht zu Hoffnung geleitet werden. Der Richter sollte dazu beitragen, die moralischen Grundlagen zurückzugewinnen, die als Fundament der demokratischen Gesellschaft einem Volk Kraft geben und ihm ein für allemal die Tore zu einer möglichen andersgearteten Zukunft öffnen.

Die Justiz muss nicht nur Gerechtigkeit ausüben, sondern die Bürger müssen auch wahrnehmen, dass dem so ist. Und ihre Aufgabe nimmt zu, sobald die Bürger feststellen, dass das Gerichtswesen in Unabhängigkeit gegen jeden Gesetzesbrecher vorgeht, wie niedrig oder hoch dieser auch gestellt sein mag.

Die Richter müssen wie die Politiker den Spiegel bilden, in dem die Bürger sich betrachten und wiedererkennen. Leider ist das Bild der einen wie der anderen dabei allzu oft durch verschiedene Faktoren verzerrt und entspricht nicht der Mission, die beide in einem demokratischen Rechtsstaat zu erfüllen haben.

Die modernen Richter müssen bedingungslos engagiert sein für die Verteidigung der Menschenrechte, dies darf aber nicht bloße Rhetorik bleiben, die zu einem Anlass wie dem heutigen artikuliert werden mag, sondern alltägliche Realität. Sie müssen die Pflicht übernehmen, sie zu verteidigen, oder aber ihr Amt niederlegen. Das Richteramt darf kein bequemer Beruf sein, sondern bedeutet zuverlässiges Engagement für jene, die des Schutzes am meisten bedürfen.

Doch unabhängig und unparteiisch vorzugehen kann nicht heißen, die integrierende Rolle zu vergessen, die das Gerichtswesen zusammen mit den anderen Gewalten im Staate innehat, um den Herausforderungen zu begegnen, vor denen zweifellos jedes Land bei der Verteidigung der Bürgerrechte steht.

Wenn ein legitimes Rechtsbewusstsein einhergeht mit einem zunehmenden ethischen Bedürfnis, so müssen wir schlussfolgern: Angesichts der möglichen Passivität der Justiz an einem bestimmten Ort kann und muss die Ausübung einer weltweit geltenden Justiz jede Spur von Straffreiheit da, wo sie auftritt, beseitigen und erreichen, dass dank ihrer Durchsetzung die menschliche Würde immer mehr geadelt wird. Die Präsenz eines gemeinsamen, weltweit anerkannten Rechts, nach dem Prinzip der Universaljustiz gestaltet, muss den unermüdlichen Kampf für Freiheit und Menschenwürde bedeuten. Und die beste Garantie gegen jeden Übergriff, den die Gesellschaft in solchen Fällen erleidet, wo ein massiver Angriff auf die Völkergemeinschaft stattfindet (Genozidverbrechen, Krieg und Menschenrechtsverletzungen), ist die universelle Antwort an ihre Urheber.

Wahrzunehmen, dass keine Grenzen für den Kampf gegen die Straffreiheit existieren, trägt zum Gefühl der Sicherheit für die Bürger bei. Und dazu, dass die Guantánamos der Welt verschwinden.

Liebe Freundinnen und Freunde: Im Namen der Freiheit wird getötet, gefoltert, entführt, oder es werden massiv Menschenrechte verletzt. Dafür aber wird bisweilen eine scheinbare oder formale Legalität ins Feld geführt. Angesichts dieser Vorgänge muss gefordert werden, dass eine unabhängige Justizgewalt eingreift, die jeden unter dem Vorzeichen einer missverstandenen Sicherheit der Bürger

vorgenommenen Übergriff gegenüber Erscheinungen wie Korruption, organisiertem Verbrechen und Terrorismus verhindert. Das Handeln von verbrecherischen Organisationen muss schlagkräftig und effizient bekämpft werden. Zuzulassen, dass Korruption und organisiertes Verbrechen ihre Tentakeln ausstrecken, schadet nicht nur unserer Sicherheit, es verletzt die Regeln des Marktes, entzieht Milliarden von Euros der amtlichen Kontrolle und schadet allen Bürgern und Ländern. Milde bei der Verfolgung solchen Verhaltens steigert das Risiko, dass solche Kreise und Personen das ganze System mit Verbrechen und Korruption infizieren.

Der Terrorismus, der soviel Leid in der Welt hervorgerufen hat und noch immer hervorruft, muss mit aller Gewalt des Gesetzes bekämpft werden, ohne dass dabei aber irgendeine unrechtmäßige Handlung von Seiten des Staates kaschiert wird. Darin wurzelt unsere Legitimation, ihn bis zur Ausmerzungen zu bekämpfen. Und ich muss eine hoffnungsvolle Botschaft vermitteln: Ein globales und koordiniertes Vorgehen, konstant und permanent an allen Fronten entfaltet, ist das wirksamste Mittel, um einem so komplexen Phänomen zu begegnen und mit ihm fertig zu werden. Wir haben die Mittel, wir verfügen über die Menschen, und wir besitzen ausreichendes Wissen, um dieses gewalttätige, schändliche und obsolete Gebrechen aus unserem Leben auszustoßen.

Der Terrorismus in verschiedener Gestalt ist ein gutes Beispiel für ethnischen Narzissmus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit und für eine angebliche, irreal, selektive, unsolidarische und auf Ausschließung zielende Unabhängigkeit, die wir ablehnen müssen.

Voltaires Worte treffen auf dramatische Weise noch immer den Kern: „Die beste Art und Weise, Toleranz zu begründen, ist, die Intoleranz zu bekämpfen.“

Terroristen haben ebenso wie Genozidtäter und sonstige Anhänger von religiösem Fanatismus und Intoleranz kein anderes Argument als Feigheit und Gewalttätigkeit. Borges erzählt die Geschichte von dem Mann, dem im Verlauf einer theologischen Debatte sein Gegenspieler ein Glas Wein ins Gesicht schüttet. Gefasst erwidert der Angegriffene: „Dies, mein Herr, ist eine Abschweifung, nun erwarte ich Ihr Argument.“

Die Verfechter der Intoleranz handeln wie dieser Angreifer, es fehlt ihnen an Argumenten; sie räumen dem gesunden Menschenverstand keinen Platz ein und wollen mit ihrem Handeln den Gegenspieler zum Verschwinden bringen, sofern er ein Gegner, und vernichten, falls er ein Feind ist. Die Intoleranten kennen keinen Zweifel; sie stammen in direkter Linie vom Autoritarismus ab, der stets im Gewande unerschütterlicher Wahrheit auftritt. Wohlversehen mit Parolen, üben sie Disziplin, sind unterwürfig, verdrehen die Realität und die Geschichte im „nationalen“ Sinne, und schließlich opfern sie sich und töten durch hochtrabende Unterstellungen, die nur im Hohlraum ihres Kopfes existieren. Der Offizier in Kafkas Erzählung „In der

Strafkolonie“ ist ein Anhänger der Intoleranz. Einzig und allein besorgt um die Effizienz seines Hinrichtungsapparats, verwechselt er Justiz mit der Notwendigkeit von Opfern. Darum werden die Intoleranten nicht einmal im Traum von Zweifeln heimgesucht.

Der Intoleranz müssen wir stets die Freiheit entgegenstellen, und diese ist unweigerlich verknüpft mit Frieden; einem demokratischen, auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Frieden. „Die Freiheit“, so erklärte Manuel Azaña, Präsident der II. Spanischen Republik, „macht die Menschen nicht glücklich, sie macht sie einfach zu Menschen.“ Heute, da das Konzept der Sicherheit Raum greift und das Konzept der Freiheit zu ersticken und lahm zu legen sucht, muss erneut die konstitutive Größe der menschlichen Freiheit als das einzigartige Unterfangen und Abenteuer gepriesen werden, auf das wir keinesfalls verzichten können. Gegenüber Ungerechtigkeit und Infamie ist einzig eine auf Freiheit basierende „Pädagogik der aktiven Empörung“ angemessen. Gegenüber dem unheil- und verhängnisvollen Lauf der Ereignisse ist allein eine entschlossene Opposition angebracht, die unser auf der Freiheit gründendes Vermögen, den Rhythmus der Geschichte zu ändern, auf die Probe stellt.

Angesichts des „Schützengrabens“, dem Hass und Rachedurst entströmen, muss eine auf Mut und ethischer Überzeugung beruhende Freiheit praktiziert werden, die die schäbige „Glorie“ der Intoleranten trotzig in Frage stellt und denjenigen Garantien gewährt, die selbst keine Garantie respektieren. Karl Popper erklärte ohne Umschweife: nur die Freiheit scheint die Sicherheit sicher zu machen. Und zwischen diese beiden Pole passt das gesamte wünschbare Spektrum an Garantien, doch es enthält zugleich die Ausflüchte daraus.

Der einzige mögliche und wahrhafte Friede ist ein gerechter, freier und demokratischer. Verschaffen wir darum den Worten von Pater Juan de Mariana, gesprochen im fernen 16. Jahrhundert, aktuelle Geltung: „Gut ist der Name des Friedens, köstlich und heilsam sind seine Früchte; aber achtet darauf, dass wir unter der Farbe des Friedens nicht zu Sklaven werden. Frieden geht einher mit Respekt und Freiheit; die Knechtschaft ist das größte der Übel, sie muss mit Waffen und, falls notwendig, mit dem Leben zurückgewiesen werden.“

Heute ist ein guter Tag, um den Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit zu fundieren. Und nur in Freiheit und Gerechtigkeit gewinnen das Leben und unser Kampf einen Sinn. Unser Schicksal steht nicht in den Sternen; wir gestalten es jeden Tag. Weder Trübsal noch Vergessen; weder Straffreiheit noch Rechtfertigung sind angebracht. Wir müssen die Angst besiegen und ihr an jeder Straßenecke mit offenen Händen und ganzem Herzen entgegentreten.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Welt, in der wir heute leben, ist ein Atlas von enormen Differenzen. Nur die Toleranz kann die Welt verändern. Je weiter ein

Rahmen für den interkulturellen Austausch gespannt wird, um so mehr werden wir voneinander lernen. Wir bewohnen eine Welt, die so plural und diversifiziert ist wie noch nie. Die Globalisierung kann die Kulturen der Welt nicht beseitigen, sie wird ihnen nur eine weitere hinzufügen. Die Basis dieser globalen Kultur muss der Pluralismus sein, weil er der einzige Wert ist, der alle übrigen zu umfassen vermag, um uns zu einer neuartigen Einheit zu führen. Davon, wie wir diese gestalten, werden unsere Zukunft als Menschheit und unsere Möglichkeiten als Teil des Universums abhängen.

Die Kultur versieht uns mit ethischen Richtwerten. Borges hat gesagt: „Ich würde es vorziehen zu denken, dass es trotz so vielen Schreckens einen ethischen Zweck im Universum gibt, dass das Universum dem Guten entspricht, und auf dieses Argument setze ich meine Hoffnungen.“ Darum besteht gegenüber Intoleranten, die Hass säen, gegenüber Machthabern, die zulassen oder anordnen, dass getötet wird oder dass die Furcht sich einer gefesselten Menschheit bemächtigt, und gegenüber jenen, die Religion mit fanatischem Fundamentalismus verwechseln, der einzige Lösungsweg, heute mehr denn je, darin, die Anforderungen einer Ethik der Überzeugung, kombiniert mit einer Ethik der Verantwortung, wiederzubeleben. Das verlangt, einen Bürgermut zu praktizieren, der den Wert der Wahrheit über jede pragmatische und utilitaristische Erwägung stellt. Es heißt, zu verlangen, dass die pluralen Optionen, die den Horizont unserer demokratischen Zukunft vorzeichnen, miteinander vereinbar werden, fernab der Wertfreiheit, von dem Max Weber sprach.

Eine Demokratie ohne Werte, versunken in moralischer Unentschiedenheit oder opportunistischer politischer Kontingenz, tendiert dazu, in einen sichtbaren oder latenten Totalitarismus umzuschlagen, und missachtet Tocquevilles Mahnung, dass das Fundament für die demokratische Gesellschaft der moralische Zustand eines Volkes ist.

BALTASAR GARZON REAL, Richter (Magistrado-Juez)
Darmstadt, 12. November 2009

Aus dem Spanischen von Joachim Meinert